Deutscher Bundestag **Drucksache 19/88**
19. Wahlperiode 20.11.2017]

Änderungsantrag

der Abgeordneten Marc Bernhard, Prof. Dr. Heiko Heßenkemper, Dr. Bruno Hollnagel, Leif-Erik Holm, Enrico Komning, Dr. Rainer Kraft, Steffen Kotré, Hansjörg Müller und der Fraktion der AfD

zu der Beratung des Antrags der Fraktion der SPD
– Drucksache 19/18 –

Stahlstandorte in Deutschland erhalten, Arbeitsplätze und Arbeitnehmerrechte sichern

Der Bundestag wolle beschließen:

1) Die Ziffern I. und II. werden ersetzt durch folgenden Wortlaut:

„ I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Regierungspolitik der letzten Jahrzehnte unter maßgeblicher Beteiligung der SPD hat dazu geführt, dass die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland in erheblichem Maße Schaden genommen hat. Die geplante Fusion der thyssenkrupp AG mit dem indischen Unternehmen Tata Steel dokumentiert dies besonders beispielhaft. Es sind wirtschaftspolitische Fehlentwicklungen wie die aufgrund von regulatorischen Eingriffen immer weiter steigenden Energiekosten, unausgewogene umweltrechtliche Auflagen und immer weiter steigende Bürokratiekosten, die es den Unternehmen erschweren, im internationalen Wettbewerb zu bestehen.

Die verfehlte Wirtschaftspolitik der Bundesregierung führt auch zu einem massiven Know-how-Abfluss. Gut ausgebildete Fachkräfte verlassen unser Land, industrielle Forschung wird zunehmend in das Ausland verlagert, High-Tech Unternehmen samt ihren Patenten und ihrem produktionstechnischen Wissen werden von ausländischen Konzernen aufgekauft. Dabei stammen diese Unternehmen zunehmend aus Ländern, die selbst eine protektionistische Wirtschafts- und Handelspolitik betreiben. Gegenmaßnahmen der nationalen und der EU-Außenhandelspolitik haben sich jedoch als schwerfällig und unwirksam erwiesen. Dadurch wird der Wirtschaftsstandort Deutschland in erheblichem Maße geschwächt.

Im Zuge des Zusammenschlusses sollen allein in Deutschland 2000 Stellen wegfallen und der Sitz des fusionierten Unternehmens in das europäisches Steuervermeidungsparadies Niederlande verlegt werden. Um die negativen Folgen der geplanten Fusion für die Mitarbeiter und den Standort Deutschland abzumildern reicht es jedoch nicht aus, lediglich an den Symptomen einer langjährigen verfehlten Wirtschaftspolitik zu laborieren. Es bedarf vielmehr eines umfassenden Maßnahmenpaketes zur nachhaltigen Stärkung unseres Wirtschaftsstandortes im internationalen Wettbewerb."

2) Ziffer III. wird zu Ziffer II. und wie folgt geändert:

1. Der Eingangssatz erhält folgenden Wortlaut:
„Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die Rahmenbedingungen für die Stahlindustrie in Deutschland zu verbessern und"

2. Im ersten Spiegelstrich wird das Wort „weiterhin" durch „künftig" ersetzt.

3. Im zweiten Spiegelstrich wird das Wort „rechtlichen" gestrichen und am Ende des Satzes der Halbsatz „„da ‚Bad Bank' grundsätzlich abzulehnen sind;"

4. Der dritte Spiegelstrich wird vollständig durch folgenden Text ersetzt: „- die Rahmenbedingungen zur Sicherung der deutschen Stahlstandorte, und damit auch der Standorte in NRW, bei Fusionen, wie derjenigen von thyssenkrupp mit der indischen Tata Steel, zu optimieren;"

5. Der vierte Spiegelstrich wird ergänzt durch den Halbsatz: „und auf das Schließen von Steuerschlupflöchern in Europa hinzuwirken, damit Unternehmen künftig aus ökonomischem Eigeninteresse ihren Sitz in Deutschland belassen;"

6. Der fünfte Spiegelstrich wird gestrichen.

7. Im sechsten Spiegelstrich wird der zweite Halbsatz ersetzt durch: „Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmungsstandards in der Europäischen Union anzugleichen."

8. Der siebte Spiegelstrich wird ersetzt durch folgenden Wortlaut: „Zudem fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, einen Maßnahmenkatalog zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland zu erstellen, der dem massiven Know-How-Abfluss durch die zunehmende Verlagerung industrieller Forschung und Produktion, sowie dem Abwandern gut ausgebildeter Fachkräfte ins Ausland entgegenwirkt, und so die Arbeitsplätze in Deutschland dauerhaft sichert."

Berlin, den 20.11.2017

Alexander Gauland, Dr. Alice Weidel und Fraktion

Begründung

Der Antrag würde demnach wie folgt lauten:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die Rahmenbedingungen für die Stahlindustrie in Deutschland zu verbessern und

- sich künftig für eine wirkungsvolle und effektive Außenhandelspolitik einzusetzen. Dazu gehört eine konsequente, WTO-gerechte und möglichst beschleunigte Nutzung der handelspolitischen Schutzinstrumente zur Sicherung des unverzerrten Wettbewerbs im internationalen Handel, und damit auch zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit deutscher und europäischer Industriestandorte;

- alle Möglichkeiten zur Verhinderung einer etwaigen Umwandlung der Stahlsparte von thyssenkrupp zur „Bad Bank" des fusionierten Unternehmens aus thyssenkrupp und Tata Steel auszuschöpfen, da „Bad Banks" grundsätzlich abzulehnen sind;

- die Rahmenbedingungen zur Sicherung der deutschen Stahlstandorte, und damit auch der Standorte in NRW, bei Fusionen, wie derjenigen von thyssenkrupp mit der indischen Tata Steel, zu optimieren;

- sich dafür einzusetzen, dass das fusionierte Unternehmen aus thyssenkrupp und Tata Steel entgegen der bisherigen Planung seinen Sitz in Deutschland nehmen wird, und auf das Schließen von Steuerschlupflöchern in Europa hinzuwirken, damit Unternehmen künftig aus ökonomischem Eigeninteresse ihren Sitz in Deutschland belassen;

- auf europäischer Ebene eine Initiative mit dem Ziel auf den Weg zu bringen, Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmungsstandards in der Europäischen Union anzugleichen.

Zudem fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf einen Maßnahmenkatalog zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland zu erstellen, der dem massiven Know-How-Abfluss durch die zunehmende Verlagerung industrieller Forschung und Produktion, sowie dem Abwandern gut ausgebildeter Fachkräfte ins Ausland entgegenwirkt, und so die Arbeitsplätze in Deutschland dauerhaft sichert.

Die Begründung wird in den Redebeiträgen der Abgeordneten der AfD-Fraktion dargelegt werden.